

DAS

SPRACHROHR



der Ahnataler

SPD

NR. 3/1996

Dezember 1996

## Gedanken zum Jahreswechsel

Alte Ordnungen haben sich aufgelöst. Neue gründen sich im und mit dem Westen in langwierigen Verhandlungen. Die Tendenzen der Entwicklung im Osten bleiben unklar. Die Zahl der Krisenherde und der Fanatismus in der Welt nehmen zu. Ungewiß und unsicher scheinen die Konturen der Zukunft.

Das gilt auch für den Bereich der Wirtschaft. Internationalisierung und Globalisierung der Märkte - begünstigt durch die neuen Kommunikationstechniken - und ihre fatalen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Deutschland werfen die bange Frage auf, wie es weitergehen soll.

Unser gesellschaftspolitisches Denken und Handeln wird zunehmend von betriebswirtschaftlicher Orientierung, Einzelinteressen und Gewinnmaximierung bestimmt, ohne die Folgen zu bedenken. Arbeitskräfte werden massiv aus den Betrieben in die Sozialsysteme verdrängt, Firmensanierung zu Lasten der Arbeitslosenversicherung, der

Rentenversicherung und der Sozialhilfe!

Erstaunt, ja, erschrocken, nehmen wir den großen Widerspruch zur Kenntnis, daß die Zahl der Menschen ohne Arbeit wächst und wächst und die Unternehmensgewinne immer neue Höchststände erreichen. Vergessen scheint, daß Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll (Artikel 14 Grundgesetz).

Hinzu kommt der Eindruck, daß die Politik sich an Detailfragen aufreibt und vor lauter rechthaberischem Streit versäumt, die Probleme wirklich anzupacken. Schlimmer noch als das Dahinwursteln ohne Konzept und Rezept sind das wortreiche Irreführen und die leichtfertigen Versprechungen: „Die Renten sind sicher!“ „Blühende Landschaften.“ „Allen wird es besser gehen, keinem schlechter!“

Dieses Taktieren um eines vermeintlichen Vorteils willen muß ein Ende haben. Mehr Offenheit, mehr Ehrlichkeit, mehr Verantwortung, mehr Entschlossenheit und ein klares Bekenntnis zur Wahrung der

Prinzipien Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat als Grundlage unseres staatlichen Zusammenlebens sind angesagt.

Wir in Ahnatal haben gewiß nur geringen Einfluß auf die große Politik, aber hier am Ort haben wir die Chance, uns einzubringen, Einfluß zu nehmen und unsere Verhältnisse mitzugestalten. Die Voraussetzungen dazu sind günstig.

Bei der Kommunalwahl am 02. März 1997 sind Sie aufgerufen, eine neue Gemeindevertretung zu wählen, die in neuer Zusammensetzung dann vier Jahre die Geschicke der Gemeinde Ahnatal bestimmen wird.

Am 01. April 1997 wird Frau Regina Heldmann, die von Ihnen am 27. Oktober 1996 mit großer Mehrheit gewählt wurde, ihr Amt als Bürgermeisterin antreten und den langjährigen „Vormann“ Karl-Heinz Poetzsch ablösen.

Der „Aerawechsel“ mit neuer Bürgermeisterin und neuer Gemeindevertretung in 1997 verspricht interessant zu werden.

In der Hoffnung auf eine friedliche und gedeihliche Entwicklung in Ahnatal wünschen wir Ihnen und Ihren Familien

ein besinnliches Weihnachtsfest  
und ein gesundes, glückliches Neues Jahr.

Ihre SPD AHNATAL



**Einkaufsmarkt in Weimar:****Verkauf des Grundstücks nach langen Hin und Her endlich beschlossen**

**In einer Sondersitzung Ende November hat die Gemeindevertretung mit den Stimmen von SPD und LWG den Verkauf des Grundstücks an der Heckershäuser Straße beschlossen. Damit kann zunächst mit dem Bau eines Lebensmittelmarktes begonnen werden, der vielleicht noch in 1997 eröffnet werden kann.**

Die SPD-Fraktion hat sich die Entscheidung in dieser Sache nicht leicht gemacht. Es war ja sehr schnell deutlich geworden, daß die aus der Bürgerbefragung hervorgegangenen Vorstellungen nicht zu realisieren waren - ALDI war bis zuletzt nicht bereit einen marktgerechten Grundstückspreis zu zahlen. Da ein Verkauf zu „ALDI-Bedingungen“ nicht möglich war, haben wir uns um eine machbare Lösung bemüht.

Die jetzt beschlossene Kombilösung, zunächst einen Lebensmittelmarkt zu bauen und in einem zweiten Schritt einen Discounter (z.B. ALDI) auf dem Gelände anzusiedeln, ist ein Kompromiß, der über das derzeit Mögliche letztendlich dem Bürgerwunsch Rechnung tragen wird. Wir favorisieren die Kombilösung auch, weil mit ihr die Versorgung des Wohngebietes Kammerberg deutlich verbessert werden wird. Die Wege der dort wohnenden Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Einkauf des täglichen Bedarfs können erheblich kürzer werden.

Langfristig gesehen wird nach unserer Auffassung die Versorgungssituation für ganz Ahnatal besser werden, wenn in dieser zentralen Lage das geplante Vorhaben realisiert ist.

Natürlich spielt auch das Geld eine Rolle. Aus dem Verkauf wird die Gemeinde insgesamt 2 Millionen Mark Erlösen, wovon 1,5 Millionen noch in diesem Jahr gezahlt werden. Das Geld wird die gemeindliche Finanzlage erheblich verbessern. Nun ist es nicht so, wie schon böse behauptet wurde, daß der Kindergartenneubau am Kammerberg vom Verkauf des Grundstücks abhängig gemacht wurde. (Der Kindergartenneubau war wegen gesetzlicher Vorgaben notwendig und wurde schon im Juli von

der Gemeindevertretung einstimmig beschlossen und er muß so oder so finanziert werden). Mit dem Verkaufserlös wird die Finanzierung des Kindergartens aber wesentlich leichter sein. Und auch weitere wichtige Vorhaben, wie Bahnhof Weimar und verschiedene Straßen- und Kanalbaumaßnahmen in beiden Ortsteilen können realisiert werden, ohne daß zusätzliche Kredite aufgenommen werden müssen und auch ohne schmerzliche Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen der Gemeinde.

Ohne die Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf hätten in den kommenden Jahren viele Dinge zur Disposition gestellt werden müssen.

Aber wo hätte überhaupt gespart oder umgeschichtet werden können, wie von den Gegnern des Grundstücksverkaufs gefordert? Wohl kaum im Kindergartenbereich oder bei den sowieso nicht unbedingt üppigen Angeboten der Jugendpflege oder im Seniorenbereich. Sollten vielleicht in Zukunft Gebühren für die von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gern genutzten gemeindlichen Sport- und Freizeiteinrichtungen erhoben werden? Oder sollten gemeindliche Zuschüsse an Vereine oder Verbände gekürzt werden oder vielleicht ganz wegfallen? Die freiwilligen Leistungen setzen sich aus vielen, vor allem kleineren Beträgen zusammen und mit Kürzungen in diesem Bereich trifft man diejenigen, die am dringendsten auf diese Leistungen angewiesen sind. Das wollten wir nicht.

Wir wollten auch nicht auf den bereits begonnenen Umbau des Bahnhofsbereiches in Weimar verzichten, der von der CDU in der Diskussion um den Grundstücksverkauf als ein „unnütziges

Prestigeobjekt“ bezeichnet wurde. Eine solche Meinung kann allerdings nur von jemandem kommen, der den Bahnhof Weimar nicht kennt (was beim CDU-Gemeindevertreter Reedwisch der Fall zu sein scheint!). Der Auto fahrenden örtlichen CDU-Spitze ist es offensichtlich bisher entgangen, daß immer mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger, die zur Arbeit oder zum Einkaufen nach Kassel fahren, auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind oder ihn einfach als preisgünstige und umweltfreundliche Alternative nutzen. Bei weiter steigenden Kosten für den privaten PKW, die vor allem die weniger Begüterten treffen, halten wir die Umbaumaßnahmen für eine wichtige Verbesserung des ÖPNV und damit nicht nur für eine ökologisch sinnvolle, sondern auch für eine sozial notwendige Investition.

Wenn das Leben in unserer Gemeinde weiterhin seine Qualität behalten soll, dürfen bestimmte Entwicklungen und Gewohnheiten nicht einfach ignoriert werden - es muß über den nächsten Wahltag hinaus geplant und gehandelt werden. Die vordergründige und kurz-sichtige Taktiererei der CDU und die schon notorische Neinsagerei der Ahnataler Grünen, wenn es um die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Gemeinde geht, helfen nicht weiter.

Die Politik der SPD in dieser Gemeinde ist seit über 50 Jahren am Wohlergehen der hier lebenden Menschen orientiert und sie war vor allem deshalb erfolgreich. Wir sind sicher, daß auch unsere jetzige Entscheidung in Sachen Einkaufsmarkt langfristig dem Wohle unserer Gemeinde und der in ihr lebenden Menschen dient.

**Tatsache:**

Die Bundesregierung will durch die Abschaffung der Vermögenssteuer Reiche beschenken. Die Zeche sollen auch die Kommunen bezahlen, denen dadurch alleine in Hessen rund 60 Millionen Mark fehlen. Das Geld fehlt dann für Projekte und Dienste, die den Menschen in Städten und Gemeinden nützen. Auch deshalb ist mit der SPD die Abschaffung der Vermögenssteuer nicht zu machen!

**Politik die hilft!****SPD****Teurer Kohl**

Die Bundesregierung hat seit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Kohl für vorzeitig ausgeschiedene Minister und Staatssekretäre bislang rund 32 Millionen Mark ausgegeben. Allein für 36 Ministerinnen und Minister, die zwischen 1982 und 1995 ausschieden, sind 5,5 Millionen Mark Übergangsgeld und 10,3 Millionen Mark Ruhegehälter gezahlt worden.

## Thema Steuerreform:

## Reich zu Lasten der Armen

Angesichts der jüngsten Kahlschlag-Debatten ist in Vergessenheit geraten, daß Deutschland zu den reichsten Staaten der Welt zählt. Gegenüber 1980 ist das Vermögen der Bundesbürger um über 130 Prozent gestiegen. Von dieser Entwicklung haben jedoch nicht die ArbeitnehmerInnen profitiert, deren Lebensstandard heute nicht höher ist als 1980. Weiter gewachsen ist das Vermögen der Reichen – übrigens auch das vieler Unternehmen.

Die Steuer- und Abgabenbelastung vor allem für die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen ist in der jüngeren Vergangenheit immer größer geworden. Im Gegensatz dazu haben es viele Einkommensmillionäre durch clevere Steuerberater geschafft, ihre Belastung zu senken. Nach Berechnungen von Fachleuten hat es allein im Jahre 1992 einen Steuerausfall von ca.

können, angesichts der zunehmenden Armut dringend vonnöten.

### Verteilungsgerechtigkeiten

Wer Armut bekämpfen will, darf zum realen Reichtum in Deutschland nicht schweigen. Wir wollen die Bewältigung von Armut vor allem durch eine gerechtere Verteilung des gesell-



130 Milliarden DM gegeben, weil Haushalte aus dem obersten Zehntel der Einkommenshierarchie nur etwa ein Drittel ihrer Einkommen versteuern.

### Belastung durch Steuerausfälle

Ganz zu Schweigen von den Einnahmen, die dem Staat durch die unzureichende Praxis bei den Steuerüberprüfungen entgehen. Reichtum ist in der marktwirtschaftlichen Gesellschaft ein wichtiges Leitbild und soll auch niemand geneidet werden. Allerdings ist in diesem Lande eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber, wie zweifellos bestehende Verteilungsgerechtigkeiten beseitigt werden

schaftlichen Wohlstandes anstreben. Sie könnte ohne zusätzliche Abgaben dadurch begonnen werden, daß auch die Bezieher hoher Einkommen prozentual dieselben Steuersätze entrichten wie Klein- und Mittelverdiener.

### Entlastung durch Steuerreform

Voraussetzung dafür ist, wie seit langem von der SPD gefordert, eine Reform des Steuerrechts mit der Beseitigung der vorhandenen Schlupflöcher. Von der Bundesregierung ist diese Reform nicht zu erwarten – im Gegenteil. Mit der geplanten Abschaffung der Vermögenssteuer setzt sie ihre katastrophale Finanzpolitik fort.

## Mitstreiter gesucht!

Nichts ist sicher, alles muß immer wieder neu erstritten werden: Soziale Stabilität, Gerechtigkeit, Rechte der Arbeitnehmer, Toleranz.

Die Generation der Kriegs- und Nachkriegskinder ist groß geworden in der Erfahrung, daß fast alles erreichbar und möglich war, – wenn nicht sofort, dann im nächsten oder übernächsten Jahr. Und daß alles sicher war und nur besser werden konnte, – das waren rund 50 Jahre Frieden und Wohlstand, die sich aus den bitteren Nachkriegszeiten entwickelten. Wenn wir unsere heutige Lebenssituation mit der von damals vergleichen, sind fast alle Veränderungen positiv und rekordverdächtig, – ob es nun um Bildungschancen, berufliche Qualifikation, das Gesundheitswesen, unsere Wohnverhältnisse, die Mobilität, das Kommunikationswesen, die Höhe der Renten oder um die verfügbaren Einkommen geht.

Die lange Phase der Prosperität hat viele von uns in Sicherheit gewiegt. Jetzt erfahren wir: Rückschritt ist möglich. Die Lage ist gefährlich: Die Bonner Koalition nutzt die Ungunst (aus ihrer Sicht wohl eher Gunst) der Zeit, um objektive und selbstverschuldete Schwierigkeiten zum Vorwand zu nehmen für strukturelle Einschnitte.

Die SPD wird gebraucht. Die roten Tugenden sind gefordert. Sie stehen für eine Politik der Solidarität, eine Politik, die die Risiken des Lebens nicht dem Einzelnen auflädt und dabei die Schwächeren zu Fall bringt. Der Ellenbogen darf nicht die offene Hand ersetzen.

Jeder Einzelne ist jetzt gefordert, der Staat kann nicht alles, vor allem kann er nicht Menschlichkeit ersetzen. Wichtig ist, daß es Menschen gibt, die sich engagieren. Entscheidend ist es, wieviel Bereitschaft zur Solidarität in der Gesellschaft vorhanden ist.

Die roten Tugenden werden gebraucht. Es lohnt sich, sich in und mit der SPD zu engagieren!

**Wir laden Sie ein,  
die Politik in unserem Land  
und in unserer Gemeinde  
gemeinsam mit der SPD  
und als SPD-Mitglied  
mitzugestalten.  
Rufen Sie uns an:**

Gerhard Schreiber, ☎ 6307  
Helmut Matthey, ☎ 9785

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der 27. Oktober war für mich ein großartiger Tag. Ich habe mich riesig über das Wahlergebnis gefreut und danke allen Wählerinnen und Wählern für ihr Vertrauen.

Herzlichen Dank auch allen, die mich in der langen Zeit des Wahlkampfes in vielfältiger Weise unterstützt haben und damit zu meinem Wahlerfolg beigetragen haben. Mein Dank gilt auch den Beschäftigten der Gemeinde und den Wahlhelferinnen und Wahlhelfern für die gute Vorbereitung und Durchführung der Bürgermeisterwahl.

Geradezu überwältigend war für meinen Mann und für mich der begeisternde Empfang, den uns viele Mitbürgerinnen, Mitbürger und Freunde am Wahlabend im Bürgersaal bereitet haben. Die vielen Glückwünsche und vor allem die persönliche Anteilnahme an meinem Wahlerfolg stimmen mich sehr optimistisch und ich freue mich auf die Zeit als Ihre Bürgermeisterin.

Inzwischen haben mein Mann und ich eine schöne Wohnung in Ahnatal gefunden. Im Februar werden wir umziehen, doch zuvor geht es erst einmal in den Urlaub.

Ihnen allen wünsche ich eine schöne Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Jahr 1997.

Ihre




### Soziales:

## „Von der Birne zur Abrissbirne“

**CDU und FDP sprechen viel vom globalen Wettbewerb und von zu hohen Lohnnebenkosten. Dabei sind sie selbst die Schuldigen, die die Lohnnebenkosten in die Höhe treiben. Auf der anderen Seite versuchen sie, den Sozialstaat rüde zu demontieren. Wie wird das enden? Wir geben hier ein Gespräch des VORWÄRTS mit der hessischen Sozialministerin Barbara Stolterfoht wieder:**

**Wie beurteilen Sie die Lage der Republik?**

**Barbara Stolterfoht:** Innerhalb ihrer Regierungszeit hat die Bonner Koalition es geschafft, aus verlässlichen sozialen Strukturen einen Scherbenhaufen zu machen. Not wird verschwiegen, soziale Lasten werden immer auf den Nächstschwächeren abgeladen, so daß am Ende die anwachsende Gruppe der Alten, Pflegebedürftigen, Behinderten, Kranken, Arbeitslosen und alleinerziehenden Frauen das Auffangbecken für Bonner Unfähigkeit und Rigorosität ist. Die CDU/FDP-Regierung hat gründlich abgearbeitet.

**Wie sieht Ihr Alternativ-Politik-Modell aus?**

**Barbara Stolterfoht:** Niemand bestreitet, daß der Umbau des Sozialstaates notwendig ist. Aber es wird auch niemand bestreiten können, daß nur unter dem Schirm eines Sozialstaates, der vor den

existentiellen Risiken schützt, die Bevölkerung zu den notwendigen Änderungen ihrer Lebensverhältnisse in der Lage sein wird.

**Was muß bewahrt, was muß geändert werden?**

**Barbara Stolterfoht:** Bewahrt werden muß in der Bundesrepublik Deutschland der soziale Frieden. Er ist ein Standortvorteil, der gar nicht hoch genug eingestuft werden kann. Wir dürfen also auf keinen Fall den falschen und fatalen Ehrgeiz entwickeln, mit Billiglohnländern konkurrieren zu wollen, indem wir soziale Standards rabiat nach unten zerren. Veränderungen sind notwendig im Bereich der Innovationsbereitschaft, Forschungsförderung, Verkehrsinfrastrukturen; außerdem sollten ein Abbau überflüssiger Bürokratie und die Rückführung der sozialen Sicherungssysteme auf ihre eigentlichen Aufgaben stattfinden. Dadurch könnten Lohnzusatzkosten niedriger gehalten werden.

**Sehen Sie eine Chance zur Rettung des Sozialstaates?**

**Barbara Stolterfoht:** Die Not ist groß. Die strukturelle Krise des Sozialstaates hat ihre Ursache im Reformstau der sozialen Sicherungssysteme. Ausgebliebene und unzureichende Reformen sind weitaus gefährlicher als die gegenwärtige Kostenkrise. Die Koppelung des gesamten Systems an den Faktor Arbeit bedarf dringend einer Revision. Zusätzlich kommen wir nicht um eine entschlossene Bürokratie und Verwaltungsreform herum.

### - DAS SPRACHROHR -

Herausgeber: SPD Ahnatal  
Redaktion: Gerhard Schreiber  
Weidenweg 18  
34292 Ahnatal

Druck: MDM, Kassel

Auflage: 3300

Das SPRACHROHR erscheint mehrmals im Jahr und wird kostenlos an alle Haushalte in Ahnatal verteilt.